

„Jörg Huffs Schmid, Universität Bremen

Finanzmärkte, Globalisierung und alternative Wirtschaftspolitik
Vortrag auf dem 10. Salzgitter-Forum der IG Metall, Verwaltungsstelle Salzgitter,
28-29. März 2003 in Salzgitter

1. Einleitung: Die Allgegenwart der Finanzmärkte

Die Finanzmärkte gehören heute zum Alltagsbewußtsein einer breiten Öffentlichkeit. Dafür sorgt schon das Fernsehen. Eingeklemmt zwischen Wetterbericht und Werbung gibt es von Montags bis Freitags zur besten Sendezeit die Börse im Ersten. Wie das Wetter ist die Börse schicksalhaft, unberechenbar und launisch, sie kann Stimmungen verhageln oder happy machen. Wie die Werbung präsentiert sie eine vielversprechende Welt der Gelegenheiten und Schnäppchen, die sich allerdings unversehens auch als Flops erweisen können.

Jenseits dieser öffentlichen Darstellung, in Unternehmen und bei den PolitikerInnen sind die Finanzmärkte bereits seit längerem in ganz anderer Weise präsent. Sie treten als die Vollstrecker jener Gesetzmäßigkeiten auf, die angeblich als Sachzwänge der Globalisierung über die Welt gekommen sind und denen der Neoliberalismus als angemessene Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik entspricht. Finanzmärkte entscheiden über die Richtigkeit der Politik von Geschäftsleitungen und Regierungen. Sie testen, be- und verurteilen, belohnen und bestrafen die Politik, korrigieren ihre Fehler und sorgen durch disziplinierenden Druck für wirtschaftliches und politisches Wohlverhalten. Finanzmärkte haben sich in den letzten beiden Jahrzehnten von einem Teilmarkt der Wirtschaft zum Zuchtmeister ganzer Gesellschaften entwickelt.

Zeitgleich mit dem Aufstieg der Finanzmärkte hat allerdings das Wirtschaftswachstum in der Welt und besonders in Europa nachgelassen, ist die Arbeitslosigkeit gestiegen. Die Zahl und Schwere der Finanzkrisen hat zugenommen, die Armut ist gewachsen. Vor allem aber ist die Spaltung der Welt zwischen arm und reich, die schon in den 60er Jahren groß war, schärfer geworden. Der Abstand der Prokopfeinkommen zwischen dem ärmsten Fünftel und dem reichsten Fünftel aller Länder der Erde hat sich in den letzten 30 Jahren von 1:30 auf 1:78 mehr als verdoppelt. Und auch in den entwickelten Ländern ist die Verteilung von Einkommen, Vermögen und Lebenschancen ungleicher, sind Armut, Obdachlosigkeit und ungeschützte Arbeitsverhältnisse zu Massenerscheinungen geworden.

Es stellt sich die Frage, ob der Aufstieg der Finanzmärkte und die Polarisierung der Welt etwas miteinander zu tun haben, ob folglich eine alternative Wirtschaftspolitik für Vollbeschäft-

tigung, soziale Sicherheit, Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit sich auch der Finanzmärkte annehmen muss. Diese Frage ist der Hintergrund für die folgenden Bemerkungen, die ich in drei Gruppen unterteilen werde:

Erstens: was sind und wie funktionieren moderne Finanzmärkte?

Zweitens: Welche Probleme gehen von ihnen für Wirtschaft und Gesellschaft aus?

Drittens: Wie lassen sich Finanzmärkte kontrollieren und in eine vernünftige Strategie wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung einbinden?

2. Strukturmerkmale der modernen Finanzmärkte

Erstens: die modernen Finanzmärkte sind überwiegend nicht Finanzierungsmärkte, sondern Handelsmärkte.

Traditionellerweise werden auf Finanzmärkten Gelder vom Sparer zum Investor gebracht, d.h. von den Menschen oder Haushalten, die Geld haben, aber momentan nicht brauchen, zu denen, die es momentan nicht haben, aber brauchen. Letztere sind üblicherweise die Unternehmen, die ihre Investitionen nicht nur aus eigenen Gewinnen sondern auch aus externen Quellen finanzieren. Diese Transportleistung ist die wichtige wirtschaftliche Funktion der Finanzmärkte. Sie wird zum Teil über die Sparkassen und Banken, zu einem zunehmenden Teil aber auch über die Börsen erbracht. Letzteres ist der Fall, wenn Unternehmen zur Finanzierung ihrer Tätigkeiten Anleihen oder Aktien ausgeben.

Das entscheidende Merkmal moderner Finanzmärkte ist es nun, daß diese Finanzierungsfunktion nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Was sich überwiegend abspielt, ist der *Handel* mit bereits bestehenden Finanztiteln, also mit Aktien, Anleihen, zum Teil auch Krediten und unzähligen hieraus abgeleiteten Finanzinstrumenten (Derivaten).

Beispiel: Wenn Siemens neue Aktien ausgibt und ich kaufe eine dieser neuen Aktien, dann finanziere ich Siemens. Wenn ich mich dann entschließe, diese Aktie wieder zu verkaufen und stattdessen eine bereits an der Börse gehandelte Aktie von DaimlerChrysler zu kaufen, nehme ich damit weder Siemens Geld weg noch gebe ich neues Geld an DaimlerChrysler. Der Vorgang bewirkt nur, daß bereits bestehende Aktien die Besitzer wechseln.

Das Entscheidende an den modernen Finanzmärkten ist die Tatsache, daß mehr als neun Zehntel ihrer Aktivität in diesem Besitzwechsel, im bloßen Handel besteht, und daß die Geschwindigkeit dieses Handels immer größer wird. Beispiel weltweite Aktienmärkte: Während der Bestand an Aktien in der Zeit zwischen 1980 und 2001 auf das Neunfache (9,2) gestiegen ist, nahm der Aktienumsatz auf das 137 fache zu, also fast 15 mal so schnell. 1980 wurde

jede Aktie im Schnitt mehr als 10 Jahre gehalten, 2001 dagegen nur noch gut acht Monate. Die Umschlaggeschwindigkeit ist also auf das Fünnfzehnfache gestiegen.

Dieser Vorrang des Handels vor der Finanzierung und die damit verbundene Erhöhung der Umschlaggeschwindigkeit von Finanzvermögen - Aktien, Anleihen, Währungen und die vielfachen davon abgeleiteten sog. Derivate - das ist das erste wesentliche Kennzeichen moderner Finanzmärkte.

Zweitens: Moderne Finanzmärkte werden in hohem Maße durch die eine neue Gruppe großer Akteure gestaltet und vorangetrieben, die sog. "institutionellen Investoren".

Dabei handelt es sich um große Versicherungsgesellschaften, Investmentfonds und Pensionsfonds. Sie sammeln Geld - Versicherungsprämien, Sparbeträge oder Altersversicherungsbeiträge - in Fonds und legen dieses Geld an den Finanzmärkten an. Durch diese Bündelung werden viele kleinerer Beträge zu großen Vermögen, und diejenigen, die diese Vermögen managen, die Fondsmanager, erhalten einen großen Einfluß an den Finanzmärkten, wo das Geld angelegt wird. Erhebliche Teile der privaten Haushaltsersparnisse sind bei diesen Fonds angelegt, und die institutionellen Investoren managen bereits erhebliche Teile des gesamten Finanzvermögens der großen Volkswirtschaften. Wer nun glaubt, daß die Entstehung und das Wachstum dieser Fonds den etablierten Banken Konkurrenz machen würde und insofern im Interesse der VerbraucherInnen sei, liegt falsch: Zumindest in den europäischen Ländern, in denen Banken auch Wertpapiergeschäfte betreiben dürfen, liegt das Vermögen der großen Fonds ganz überwiegend in der Hand der führenden Banken und Bankengruppen. In Deutschland etwa entfielen 2001 knapp 80% des von Publikumsfonds verwalteten Vermögens in Höhe von 362 Mrd. € auf 5 Banken bzw. Bankengruppen. Die institutionellen Anleger beschränken nicht die Macht der Banken, sie potenzieren diese Macht.

Diese hohe Konzentration von Vermögen und Macht bei einer kleinen Gruppe von institutionellen Investoren - das ist das zweite Strukturmerkmal moderner Finanzmärkte.

Das dritte Strukturmerkmal moderner Finanzmärkte besteht darin, daß sie international liberalisierte oder globale Märkte sind.

Dies nicht in dem Sinne, daß sie tatsächlich überall gleichmäßig auf der Welt verteilt sind, ganz im Gegenteil. Liberalisierte Märkte heißt vielmehr, daß es keine Beschränkungen des internationalen Kapitalverkehrs gibt, die Finanzanleger also jederzeit die Möglichkeit haben, das Kapital, über das sie verfügen, von einem Land in ein anderes zu verlegen. Unterstützt

wird diese Option durch die Fortschritte der Informations- und Telekommunikationstechnik. Auf ihrer Grundlage ist es möglich, internationale Transaktionen in Sekundenschnelle und - wenn die Infrastruktur einmal installiert ist - praktisch ohne zusätzliche Kosten vorzunehmen.

Diese Freiheit des internationalen Kapitalverkehrs ist nicht etwas, was vom Himmel gefallen ist oder einer eisernen Zwangsläufigkeit oder Sachlogik des Kapitals folgt. Es handelt sich vielmehr um das Ergebnis bewußter politischer Entscheidungen, die ab Ende der 70er Jahre Schritt für Schritt von der Regierungen der OECD Länder gefällt wurden. Natürlich werden solche Entscheidungen nicht willkürlich und ohne Grund, sondern unter dem Druck von Interessenten gefällt, aber sie sind auch nicht so zwangsläufig, daß es keine Alternativen gegeben hätte. Sie haben einen bis Mitte der 70er Jahre bestehenden Konsens aufgekündigt, der darin bestand, dass es jedem Land erlaubt sein sollte, zum Schutz seiner nationalen Wirtschaftspolitik den Zufluß oder Abfluß von Kapital zu regulieren und gegebenenfalls zu beschränken. aufgekündigt und die Grenzen geöffnet.

Der Charakter der modernen Finanzmärkte als Handelsmärkte mit hoher Umschlaggeschwindigkeit, die große Machtposition der institutionellen Anlager auf ihnen, sowie ihre internationale Offenheit - diese drei Strukturelemente bilden ein hochbrisantes Gemisch. Ihr Zusammentreffen verleiht den Finanzmärkten von heute nicht nur maßgeblichen Einfluß auf die Wirtschaft, es versetzt sie auch in die Lage, die ganze Gesellschaft mit einem großen reformpolitischen roll-back überziehen zu können. Darum geht es im folgenden Punkt.

3. Die Wirkungen der Finanzmärkte auf Wirtschaft und Gesellschaft

Auch hierbei will ich mich auf drei Bereiche konzentrieren.

Erstens: Moderne Finanzmärkte zeichnen sich durch hohe Instabilität und Krisenanfälligkeit aus.

Dies wird schon daran offensichtlich, daß seit den 70er Jahren die Zahl und Wucht der finanziellen Turbulenzen drastisch zugenommen hat und Finanzkrisen seit den 90er Jahren immer schneller aufeinander folgten: 1992/93 in der EWG, 1994/95 Mexiko, 1997/98 Asien, 1998 Rußland, 1999 Brasilien, 2001 Türkei, Indonesien, Argentinien, 2002 praktisch ganz Lateinamerika.

Der Hintergrund für die bis zur Krise führende Instabilität ist im Wesentlichen die Preisbildung auf den Finanzmärkten. Preise für Finanztitel - Aktien, Anleihen, Derivate, auch Währungen - bilden sich nämlich nicht in erster Linie aufgrund objektiver Faktoren oder der Einschätzungen der Käufer über diese Faktoren wie die Qualität der Produkte, Produktionsverfahren und Innovationsfähigkeit von Unternehmen etc. Sie hängen vielmehr von der erwarteten Kursentwicklung ab, die sich ihrerseits auf Erwartungen über das Kaufverhalten anderer Marktteilnehmer gründet. Wenn ich meine Siemens-Aktie verkaufe und mir stattdessen eine DaimlerChrysler Aktie kaufe, tue ich das nicht, weil ich finde, daß Daimler/Chrysler langfristig das bessere Unternehmen ist, sondern weil ich erwarte, daß der Kurs von DaimlerChrysler in den nächsten Wochen oder Monaten kräftig, jedenfalls kräftiger als der von Siemens, steigt. Dieses Verhalten nennt man *Spekulation*. Sie erzeugt eine Dynamik, die mit *Herdenverhalten* bezeichnet wird: Wenn die ersten anfangen, folgen weitere. Wenn dann die Kurse steigen, folgen mehr und wenn sie weiter steigen, wollen alle noch etwas von den Gewinnen mitbekommen und steigen ein, viele leihen sich sogar Geld zu diesem Zweck der Spekulation, wobei sie davon ausgehen, den Kredit später mit dem Erlös aus den im Wert gestiegenen Papieren zurückzahlen zu können. Wenn dann die ersten aussteigen, der Kurs nicht weiter steigt, folgen weitere, der Kurs sinkt. Dann müssen die ersten viele Papiere verkaufen, um ihre Kredite zurückzahlen zu können, und die Panik geht los. Jeder will verkaufen. Diese überschießenden Reaktionen sind der Hintergrund für die *Instabilität* der Finanzmärkte, und sie sind der Grund für die *Finanzkrisen*, deren Folgen sich nicht auf den Finanzbereich beschränken, sondern voll - über den Kreditsektor und massenhafte Unternehmenszusammenbrüche - auf Investitionen und Produktion, auf Beschäftigung und Einkommen durchschlagen. Die Finanzkrise in Asien beispielsweise war das typische Resultat einer solchen Herdenbewegung: Zunächst strömt massenhaft kurzfristiges ausländisches Kapital in die Länder, in denen schnelle und große Gewinngemeinschaften gesehen werden. Beim ersten Anzeichen der Überlastung setzt eine plötzliche Trendumkehr ein, es kommt zu massenhaften Kapitalabzug, der das Finanzsystem des Landes endgültig zusammenbrechen läßt, seine Währung abwertet und es damit auf viele Jahre in der ~~Historie der Finanzmärkte~~ *Historie der Finanzmärkte sind in hohem Maße instabil und krisenanfällig.*

Zweitens: Die Aktivität der Finanzinvestoren führt zu einem Druck zur stärkeren Durchsetzung der Eigentümerinteressen in den Unternehmen.

Dies ist das, was aktuell unter dem Stichwort "shareholder-value" Orientierung diskutiert wird. Die institutionellen Investoren legen ihr Kapital da an, wo es am meisten Gewinn zu bringen verspricht. Gewinnorientierung ist natürlich für kapitalistische Unternehmen nicht neu, sondern der Motor, der sie seit eh und je am Laufen hält. Aber in der Geschichte des europäischen Kapitalismus haben sich - unter dem Einfluß von Arbeiterbewegung, Konflikten, Sozialpartnerschaft, kaltem Krieg und Systemkonkurrenz u.a.m. - bestimmte Rahmen und Beschränkungen herausgebildet, die gelegentlich mit dem vagen Schlagwort "Rheinischer Kapitalismus" bezeichnet werden, durch Mitbestimmung, Arbeitsschutz, Gewerkschaftseinfluß, Sozialgesetzgebung gekennzeichnet sind und die reine Durchsetzung von Eigentümerinteressen beschränken. Die Erzielung von Gewinnen wird hierdurch an die Einhaltung bestimmter sozialstaatlicher Mindestnormen gebunden. Dies hat sich auch in den Geschäftsleitungen großer Unternehmen niedergeschlagen, deren Management neben dem natürlich vorrangigen Gewinninteresse der Eigentümer die Integration verschiedener anderer Interessen - Arbeitnehmer, Verbraucher, Region, Umweltschutz - leisten müssen. Damit soll jetzt Schluß sein. Shareholder-Orientierung heißt im Kern nichts anderes als die Stärkung der Position der Aktionäre als Eigentümer in der Geschäftsleitung, Verdrängung und Ausschaltung anderer Interessen. Dazu werden Vorstände verhört, getrimmt, ein- und abgesetzt, Unternehmen auseinandergenommen, die Teile verkauft, Vorstandsgehälter an die Kursentwicklung gebunden etc. Es werden Standards und Zielgrößen (benchmarks) festgesetzt, Vierteljahreserfolge erwartet, die sich auch in den Kursen niederschlagen. Werden die Ziele nicht erreicht, trennt der Investor sich vom Investment. Die institutionellen Anleger haben - anders als die traditionelle Hausbank - keine feste Beziehung zu den Unternehmen, in denen sie investieren. Sie wollen Erfolge - in der Regel schnelle Erfolge - sehen, und wenn sie ausbleiben, wird das Investment eben liquidiert. Die Rechtfertigung hierfür ist der Auftrag der Eigentümer, den die Fondsmanager ausführen müssen, um nicht selbst abserviert zu werden. Vermittelter Druck ist doppelter Druck.

Drittens: Der Druck der großen Finanzanleger fordert eine Neuausrichtung der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Das Druckmittel, das den Investoren zur Verfügung steht, ist die Drohung mit Kapitalabzug. Diese Drohung ist deshalb glaubwürdig, weil sie durch die Finanzanleger leichter und schneller durchzusetzen ist als etwa für einen Automobilkonzern. Letzterer hat sein Geld in Produktionsanlagen fixiert, die er nur unter hohen Kosten liquidieren kann. Investmentfonds dagegen können große Teile ihres Investments von einem Tag auf den anderen aus einem Land abzie-

hen und fast ohne Kosten in ein anderes verlagern. Diese glaubwürdige "Exit-Option" verschafft den Fondsmanagern ein enormes Drohpotential gegenüber Regierungen und zwingt diese zu einem Standortwettbewerb, in dem immer mehr soziale Errungenschaften geschleift und den Interessen der Finanzinvestoren geopfert werden. Dieser Druck der Finanzmärkte erklärt daher auch zu einem erheblichen Teil die dramatischen Veränderungen der Wirtschaftspolitik, ganz besonders in Europa der 90er Jahre: Sie folgt nicht mehr mehreren wirtschaftspolitischen Zielen, die in einem komplexen System von Kompromissen ausbalanciert werden müssen, sondern hat eine klar Rangfolge: Preisstabilität, Senkung der Gewinnsteuern, Abbau sog. unproduktiver öffentlicher Ausgaben, Aufbrechen der Verkrustungen sozialstaatlicher Daseinsfürsorge, die als organisierte Verantwortungslosigkeit denunziert wird und durch mehr Eigenverantwortung und Konkurrenz aller gegen alle ersetzt werden soll. Die Wirtschaftspolitik in Deutschland und der EU hat diesem Druck in den letzten 20 Jahren zunehmend nachgegeben. Der Preis hierfür war hoch: anhaltende Wachstumsschwäche, hohe Arbeitslosigkeit, zunehmende soziale Polarisierung.

Ein besonders aktuelle Entwicklung in Deutschland und der gesamten EU ist Ausdruck des ganz speziellen Interesses und des Einflusses der Finanzmärkte: die sog. "Modernisierung" der Systeme der sozialen Sicherheit, sprich ihre (zunächst Teil)Privatisierung, die Umstellung von der Umlagefinanzierung auf die Kapitaldeckung und der (zunächst nur teilweise) Rückzug der Arbeitgeber aus der Beitragsfinanzierung. Dies liegt in unmittelbarem Interesse der Finanzinvestoren: denn durch den Übergang zur Kapitaldeckung werden ihnen beispielsweise in Deutschland in relativ kurzer Zeit dreistellige Milliardenbeträge zur Verfügung gestellt, mit denen sie auf den internationalen Finanzmärkten operieren können und die sie zu echten global players machen werden. Es mag unzulässig vereinfachend und platt klingen, aber ich kann es nicht anders sehen: Alle Argumente, die zur Begründung der jüngsten Rentenreform in Deutschland angeführt worden sind - vor allem das der veränderten Altersstruktur - halten einer sachlichen Prüfung nicht stand. Nur die Tatsache, daß durch diese Reform Pensionsfonds in international relevanten Dimensionen aufgebaut werden, liefert eine schlüssige Erklärung für die Resistenz der Regierung gegen alle vernünftigen Gegenargumente. Für die von der Reform Betroffenen ist das Ergebnis verblüffend und niederschmetternd: Sie zahlen höhere Beiträge, bekommen eine niedrigere Rente, und das nur, wenn die Finanzmärkte nicht zwischendurch kollabieren - was keinesfalls garantiert werden kann. Wenn sie kollabieren, werden Rentner und Rentnerinnen nach einem langen Arbeitsleben zu Fällen für die Sozialhilfe, die bis dahin wohl auch weiter zusammengestrichen sein wird.

Ich fasse zusammen: Der Druck, den die großen Akteure auf den Finanzmärkten auf die Unternehmen, die Wirtschafts- und die Sozialpolitik ausüben, summiert sich zu einer konzentrierten Attacke auf die - wahrlich nicht zu verherrlichenden aber immerhin auch nicht zu verachtenden - Errungenschaften des modernen europäischen Sozialstaates. Insofern handelt es sich auch nicht um eine Angelegenheit eines einzelnen Sektors der Wirtschaft, des Finanzsektors. *Die Finanzmärkte sind vielmehr zum Medium und Hebel für eine breite Bewegung der Gegenreform geworden. Sie richtet sich gegen die sozialen und demokratischen Reformfortschritte, die in den ersten beiden Jahrzehnten nach dem zweiten Weltkrieg - unter dem Druck eines fortschrittlichen sozialen Kräfteverhältnisses - durchgesetzt worden waren.*

4. Kontrolle der Finanzmärkte als Kernelement alternativer Wirtschaftspolitik

Die beschriebenen Funktionsweisen und Probleme moderner Finanzmärkte lassen kaum Spielräume für eine fortschrittliche, an Vollbeschäftigung, sozialer Sicherheit, ökologischer Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit orientierten Wirtschaftspolitik. Die Finanzmärkte müssen daher selbst verändert, in eine alternative Entwicklungsstrategie eingebunden und auf ihre sinnvollen Funktionen zurückgeführt werden. Diese allgemeine Perspektive lässt sich entlang der Hauptprobleme in folgende Hauptbereiche der Reform von Finanzmärkten in einer alternativen Wirtschaftspolitik konkretisieren:

Erstens: Gegen die innere Instabilität: Maßnahmen zur Beschränkung der Spekulation

Die Stabilisierung der Finanzmärkte liegt nicht nur im Interesse der von Krise, Arbeitslosigkeit und Einkommensverlust unmittelbar Betroffenen, sondern auch im Interesse von Unternehmen und Regierungen, deren Kalkulations- und Politikgrundlagen durch Turbulenzen an den Finanzmärkten beeinträchtigt werden können. Um diese Stabilisierung dreht sich daher die gesamte offizielle Diskussion über die Reform der internationalen Finanzmärkte oder die "neue internationale Finanzarchitektur". Die Vorstellungen gehen relativ weit, was den Kampf gegen übermäßig riskante Finanzanlagen, Spekulationsfonds oder Offshorezentren angeht, die keiner Finanzaufsicht unterliegen und somit immer für illegale und hochspekulative Geschäfte gut sind. Hier sollen zum einen die Transparenz erhöht, eine genauere Risikoeinschätzung vorgenommen werden; manche Geschäfte sollen erheblich verteuert und man-

che administrativ eingeschränkt oder sogar gar verboten werden. Auch die Beteiligung der Gläubiger an der Überwindung von Liquiditätsschwierigkeiten der Schuldner wird erwogen, obgleich sich die meisten Länder nicht dazu durchringen können, ein internationales Konkursverfahren mit Schutz auch der Schuldners zu fordern. Auch die Forderung nach der Einführung einer Devisentransaktionssteuer zur Beschränkung der Währungsspekulation (Tobinsteuer) stößt bei den meisten Regierungen auf Widerstand, während sie von der außerparlamentarischen Bewegung in vielen Ländern - meist organisiert im dem Netzwerk attac - zu einer Zentralforderung erhoben wird, deren Umsetzung gleichzeitig ein beträchtlicher Beitrag zu einer progressiven Entwicklungsfinanzierung sein könnte.

Soweit zur Stabilisierung der Finanzmärkte. Wir wissen aber, daß nicht nur instabile, sondern auch im Interesse der Anleger stabile Finanzmärkte eine Gefahr für ArbeitnehmerInnen und die Gesellschaft sein können. Auch hier stellt sich die Frage nach Alternativen. Zunächst in den Unternehmen.

Zweitens: Gegenwehr in den Unternehmen

Die Verstärkung des Drucks zur Umsetzung der Eigentümerinteressen stehen im Vordergrund des shareholder value Orientierung durch die institutionellen Investoren. Dies heißt aber noch nicht, daß dieser stärkere Druck auch zum Erfolg führen muß. Auch der Gegendruck spielt eine Rolle, der von den Belegschaften und den Gewerkschaften ausgeht. Es kommt also darauf an, diesen Gegendruck zu organisieren und zu verstärken. Dabei ist es allerdings hilfreich, wenn er durch gesetzliche Regelungen flankiert und unterstützt wird. Solche Regelungen könnten etwa sein:

- die **Beschränkung der Kapitalbeteiligung** (oder das Stimmrecht) an einzelnen Unternehmen (was teilweise zur Risikobegrenzung bereits der Fall ist); dies würde nicht nur den Einfluß eines Fonds auf die Geschäftsleitung gering halten, sondern auch den Schaden begrenzen, wenn Investoren ihre Beteiligung liquidieren.
- die Einführung einer **Mindesthaldedauer** von Wertpapieren durch institutionelle Investoren (neben der fristabhängigen Börsenumsatzsteuer); damit wird der Druck zum schnellen Erfolg gemildert
- die Verabschiedung eines **Übernahmegesetzes**, das im Fall von Fusionen oder Mehrheitsbeteiligungen - anderes als der aktuell vorliegende Entwurf - nicht nur die Interessen der Kleinaktionäre, sondern auch die der ArbeitnehmerInnen berücksichtigt
- die **steuerliche Förderung** von Finanzanlagen in sozial und ökologisch akzeptablen Unternehmen

- die Einführung von Verhaltensregeln für institutionelle Investoren
- die Stärkung von sozialen - und Umweltinteressen in den Unternehmen durch Demokratisierung der Unternehmensverfassungen, z.B. Ausweitung der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung.

Drittens: Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Letztlich erfordert der Kampf gegen die neoliberale Gegenreform aber eine grundsätzliche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. Sie läuft darauf hinaus, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und Gerechtigkeit sowie ökologische Nachhaltigkeit in den Vordergrund zu stellen, zu ausdrücklichen Eck- und Orientierungspunkten der Wirtschaftspolitik zu machen und nicht als Restgröße zu behandeln, die hinter der Ausrichtung an den Interessen der Finanzanleger zurückzustehen hat. Eine solche Neuorientierung hat drei zentrale Komponenten:

Gesamtwirtschaftlich hat sie - *erstens* - viel mit *Umverteilung* zu tun, genauer mit einer energischen Korrektur der drastischen Umverteilung zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Lohneinkommen, die während der letzten 20 Jahre überall in der Welt stattgefunden hat. Sie ist eine wesentliche Ursache der Entwicklung und Verselbständigung der Finanzmärkte. Denn hohe Profite und niedrige Löhne und Steuern führen dazu, daß die kaufkräftige inländische Endnachfrage, die aus privatem Konsum und Staatsausgaben besteht und aus Löhnen/Gehältern und Steuern gespeist wird, sich nicht im Tempo der Profite entwickelt. Unternehmen haben aber keinen Anreiz, ihre gestiegenen Gewinne wieder in Produktionsanlagen zu investieren, wenn ihre Absatzaussichten stagnieren. Sie werden entweder verstärkt in den Export gehen oder sie werden ihre Gewinn auf den Finanzmärkten anlegen und somit gar nicht in den Investitions- und Produktionskreislauf zurück lenken - was die Wachstumsschwäche und die Stagnation der Beschäftigung weiter akzentuiert. Eine Korrektur dieser Entwicklung und die Rückbindung der Finanzmärkte in eine vernünftige wirtschaftliche Entwicklung, in der sie ihre wichtige Funktion bei der Investitionsfinanzierung und langfristigen privaten Vermögensbildung spielen können, verlangt eine Korrektur der Einkommensverteilung. Hier liegt eine wichtige gesamtwirtschaftliche Verantwortung nicht nur der Regierung, sondern auch der Gewerkschaften.

- *Sozialpolitisch* heißt Neuorientierung - *zweitens* - den Trend zu stoppen, die soziale Sicherung zu privatisieren und den Risiken der Finanzmärkte auszusetzen. Stattdessen verlangt ein tragfähiges System der sozialen Sicherheit eine breite gesetzliche Grundlage, durch die so-

wohl die rechtlichen als auch die finanziellen Grundlagen der gesellschaftlichen Solidarität gestärkt und nicht durchlöchert wird. Die Einbeziehung aller Einkommensarten in die Pflicht zur Sozialversicherung, die Ausweitung der Bemessungsgrundlage für die Sozialversicherungsbeiträge, die Parität der Finanzierung und wenn erforderlich auch die Finanzierung steigender Ausgabebedarfe durch steigende Beiträge oder Steuern ist dann kein Problem, wenn eine Gesellschaft sich auf dem Weg kräftigen nachhaltigen Wachstums und steigender Produktivität befindet.

- Neuorientierung heißt - *drittens* - eine stärkere ***gleichberechtigte Kooperation auf internationaler Ebene***, die Ablösung der immer härteren internationalen Standortkonkurrenz um die Gunst der Finanzanleger durch mehr wirtschaftspolitische Zusammenarbeit, vor allem regional in Europa, aber auch mit den Entwicklungsländern und in einer geregelten Form auch mit den anderen großen Wirtschaftszentren der Welt.

All dies sind schwierige Aufgaben. Es gibt vor allem zwei Gruppen von Hindernissen, die ihrer Verwirklichung im Wege stehen: Einmal die Tatsache, daß es bei einer solchen Neuorientierung eine Reihe objektiv komplizierter wirtschaftlicher und sozialer Probleme gibt, die in weiterer Forschung aber auch in ersten praktischen Versuchen weiter erforscht und aufgeklärt werden müssen. Das andere Hindernis aber ist die Tatsache, daß eine solche Neuorientierung der Wirtschaftspolitik auf den massiven Widerstand derer stößt, die von den aktuellen Verhältnissen und Tendenzen profitieren. Da sie über überwältigenden Einfluß in den Medien verfügen, sind sie gleichzeitig in der Lage, den Menschen zu verkaufen, neoliberale Politik unter dem Diktat der Finanzmärkte sei letztlich zum Wohle aller, auch der kleinen Leute. Und wenn sie nicht zum Wohle der kleinen Leute sei, gäbe es hierzu dennoch keine Alternative. Die Erschütterung dieser Machtpositionen erfordert nicht nur Aufklärung und den Nachweis, daß es sehr wohl Alternativen zum Neoliberalismus und zum Diktat der Finanzmärkte gibt. Es erfordert darüber hinaus energische und ausdauernde politische Mobilisierung, politischen Widerstand und Druck für eine andere Politik, kurz: umfassende Demokratisierung.

Ansätze hierzu sind mittlerweile unübersehbar: Globaler Protest wurde in Seattle und Prag, in Quebec und Genua unübersehbar. Der Prozess der Entwicklung von Alternativen ist im Gang, dies belegen eindrucksvoll das Weltsozialforum in Porto Alegre und das europäische Sozialforum in Florenz. Der gesellschaftliche Widerstand hat 2002 in Europa zu drei Generalstreiks gegen einen Sozialabbau geführt, der unter dem Diktat der Finanzmärkte und im Namen der Globalisierung geplant wurde. Es gibt darüber hinaus in einer zunehmenden Zahl von

Ländern - ausgehend von Frankreich, aber auch in Deutschland - spezielle Bewegungen gegen die gesellschaftliche Vormacht der Finanzmärkte. Unter dem Namen *attac* forderten sie zunächst nur die Erhebung einer Steuer gegen die Finanzspekulation (der sog. Tobinsteuer). Mittlerweile ist ihre Perspektive breiter geworden. Sie thematisieren den Zusammenhang zwischen Finanzmärkten und Finanzkrisen in den Ländern der dritten Welt, und in der ersten Welt die Förderung der Steuerflucht und Finanzspekulation durch die sog. Offshorezentren und die Aushöhlung des Systems der sozialen Sicherheit durch ihre Auslieferung an die Finanzmärkte. Durch diese Ausweitung haben sie Verbindungen zu anderen Bewegungen wie zu entwicklungspolitischen Gruppen, und vor allem zu den Gewerkschaften geschaffen. Wenn diese Bewegungen in den nächsten Monaten und Jahren gestärkt und in einer größeren Öffentlichkeit wahrgenommen und akzeptiert, und wenn ihre gegenseitigen Verbindungen gefestigt werden, dann entsteht damit eine tragfähige Grundlage für eine Bewegung, die nicht nur gelegentliche Regierungswechsel, sondern auch eine neue Politik herbeiführen kann.